

Andreas Schwab: Europaparlament startet in die neue Legislaturperiode

Pressemitteilung (pm)

16. Juli 2024



Engagierte im Europa- und Kommunalwahlkampf trafen sich auf Einladung des CDU-Bezirksvorsitzenden Andreas Schwab in Villingen, um dessen Wiederwahl ins Europaparlament zu feiern. Auch eine Abordnung der Rottweiler CDU war dabei.

Rottweil. Andreas Schwab dankte seinen Unterstützerinnen und Unterstützern, insbesondere seiner Ersatzkandidatin Alexandra Sauter aus Bärenthal, für ihren Einsatz. Er zeigte sich erfreut, dass die Europäische Volkspartei (EVP) mit den Mitgliedern der CDU und der CSU erneut die stärkste Fraktion bilde. Dann gab er einen kurzen Ausblick auf die anstehende Sitzungswoche, womit das Europaparlament in die neue Legislaturperiode starte.

Zu Beginn ständen die Wahlen für das Parlamentspräsidium und die Spitze der Europäischen Kommission sowie die Besetzung der Ausschüsse auf der Tagesordnung. Er versuchte deutlich zu machen, wie komplex die Entscheidungsvorgänge abliefen, da es eine größere Anzahl an Fraktionen gebe, die sich wiederum aus mehreren Parteien zusammensetzten. Denn eine Fraktion könne nur gebildet werden, wenn ihr Abgeordnete aus mindestens sieben Mitgliedsstaaten angehörten. Andreas Schwab zeigte sich aber gewiss, dass Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin wiedergewählt werde.

Der örtliche CDU-Kreisvorsitzende, Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei, hob das CDU/CSU-spezifische Wahlverfahren mit Landeslisten hervor. Dadurch werde erreicht, dass es in Baden-Württemberg für jeden der vier Regierungsbezirke ein Parlamentsmitglied gebe, womit eine sichtbare Anbindung an die Region und deren Bevölkerung bestehe. So sei für den Regierungsbezirk Freiburg in vorbildlicher Weise Andreas Schwab tätig.

Die Rottweiler Delegation, angeführt von den Stellvertretenden Stadtverbandsvorsitzenden Carmen Jäger und Axel Wenzler, nutzten die Gelegenheit, mit den anwesenden Mitgliedern der Landesregierung, Justizministerin Marion Gentges und Volker Schebesta, Staatssekretär im Kultusministerium, zwanglos ins Gespräch zu kommen.